

Mitteilungen

FOLGE 175
FEBRUAR 2006

DÖW-PROJEKT „GEDENKBUCH DER ÖSTERREICHISCHEN OPFER DES STALINISMUS IN DER UdSSR BIS 1945“

Barry McLoughlin, Mitbearbeiter der vom DÖW herausgegebenen Quellenedition „Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945“ (Wien 1999), arbeitet derzeit an einem Gedenkbuch für die österreichischen Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR bis 1945. Im Rahmen des von der Österreichischen Nationalbank geförderten Projekts unter der wissenschaftlichen Leitung von Wolfgang Neugebauer sollen sowohl biographische Daten und Fotografien der Opfer erfasst als auch die Hintergründe der Verfolgung wissenschaftlich dokumentiert werden.

Barry McLoughlin schildert die Grundzüge des Projekts und stellt einige Fallbeispiele stalinistischer Verfolgung vor.

Seit der Publikation der DÖW-Dokumentation über das österreichische Exil in der Sowjetunion vor sieben Jahren ist sehr viel auf dem Gebiet der Stalinismusforschung geschehen, vor allem in die Mechanismen des Massenterrors 1937/38 konnten weiter gehende, grundlegende Einsichten gewonnen werden. Neue Erkenntnisse über die österreichischen Stalin-Opfer basieren zum einen auf vor kurzem herausgegebenen russischsprachigen Publikationen, insbesondere Dokumentenbänden, zum anderen auf Kontakten zu russischen Menschenrechtsorganisationen (Memorial, Vozvrascenie, Sakharov-Center), die ich Anfang der 1990er Jahre anknüpfen und während meiner Tätigkeit für die Österreichische Historikerkommission in Moskau und Kiew (1999–2001) vertiefen konnte. Außerdem wurden im Zuge eines von mir 2002–2004 geleiteten FWF-Projekts zur Geschichte des Kommunismus in Österreich (1918–1938) bisher unbekannte Unterlagen über österreichische KommunistInnen, die in der Sowjetunion festgenommen wurden, sichergestellt. Aber auch Daten aus anderen Quellen lassen die bis 1999 angenommene Zahl österreichischer Opfer (ca. 600) als eindeutig zu niedrig gegriffen erscheinen. Russischsprachige Gedenkbücher (*knigi pamjati*) mit Kurzbiographien der Opfer dienten als Anregung für das Projekt. Diese in nahezu allen ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR veröffentlichten Bände weisen häufig auch Angaben zu den Tätern auf und enthalten Faksimiles der be-

treffenden Verfolgungsbefehle seitens der KPdSU bzw. der Geheimpolizei NKWD. Für den Gedenkband über die österreichischen Stalin-Opfer werden die *knigi pamjati* aus Moskau und anderen Regionen herangezogen, ebenso die von Memorial Moskau erstellten, auf CD erhältlichen Datensätze zu ca. zwei Millionen Opfern des Stalinismus in der Zwischenkriegszeit. Auch die Opferdatensätze auf Websites von regionalen Filialen von Memorial sollen nach österreichischen Opfern durchsucht werden. Allerdings enthalten die meisten russischen Gedenkbücher — das selbe gilt für im Internet abrufbare Opferdaten — nur Angaben zu den Hingerichteten.

Das geplante biographische Handbuch der österreichischen Opfer des Stalinismus schließt folgende Personengruppen ein:

1. Politische und wirtschaftliche Emigranten. Der überwiegende Teil der aus Ös-

terreich stammenden Politemigranten umfasste Menschen, die der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs bzw. deren Wehrformation, dem Republikanischen Schutzbund, angehörten. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 wanderten auch aus Österreich zahlreiche Facharbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler in die Sowjetunion aus, sei es, um am „sozialistischen Aufbau“ teilzunehmen, sei es, um der Arbeitslosigkeit zu entfliehen.

2. Die Zuschreibung „Österreicher“ bzw. „Österreicherin“ kennzeichnet nicht nur auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich Geborene, sondern auch solche, die nach 1918 die österreichische Staatsbürgerschaft im Optionsweg erwarben oder im Österreich der Ersten Republik politisch tätig waren bzw. dort längere Zeit ihren beruflichen und familiären Mittelpunkt hatten.



**NKWD-Haftfoto von
Franz Quittner (geb. 1904).
Er wurde 1938 als
angeblicher „Spion“
erschossen.
Foto: Privatarchiv
Barry McLoughlin**

3. Erfasst werden außerdem — und zum ersten Mal — jene Angehörigen der k.u.k. Armee, die in russische Kriegsgefangenschaft gerieten und in der UdSSR blieben, sofern es sich um Personen handelt, deren Lebensdaten in Österreich auffindbar sind. Bei den ehemaligen Kriegsgefangenen bleibt die Dunkelziffer der Rückkehrer hoch. Zwei Millionen k.u.k. Soldaten befanden sich in Gefangenschaft und bis Oktober 1918 war davon etwa ein Drittel heimgekehrt. Viele der in Sowjetrußland Verbliebenen dürften der nächsten Personengruppe angehören.

4. Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft zurücklegten und die sowjetische annahmen, was meistens auf Druck der Sowjetbehörden passierte. Weil dadurch der diplomatische Schutz seitens der österreichischen Gesandtschaft in Moskau wegfiel, so dass von dieser Stelle selten eine diplomatische Intervention für ehemalige österreichische Staatsbürger erfolgte, dürfte ein erheblicher Prozentsatz aus diesem Kontingent verhaftet worden sein.

5. Die dritte Opfergruppe, deren Leidensweg nun erstmals rekonstruiert werden soll, umfasst jüdische Flüchtlinge aus Österreich, die teilweise Zuflucht in Polen gesucht hatten und zur Zeit des Hitler-Stalin Pakts 1939 über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie in Ostpolen in die sowjetische Zone vertrieben wurden („Nisko-Transport“). Ungefähr 1.400 österreichische Juden dürften bei dieser Aktion von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD wegen „unbefugten Grenzübertritts“ in Haft genommen und ins Landesinnere deportiert worden sein, wo sie in Straflagern, u. a. in Karaganda, in Perebore bei Jaroslavl oder in Suchobezwodnaja (Gorki-Gebiet), ihre Strafe verbüßten. Bei ca. 1.000 dieser GULaghäftlinge liegen keine Strafdaten vor, so dass ihr weiteres Schicksal ungewiss ist. Andere jüdische Flüchtlinge aus Österreich, die man ebenfalls in ein sowjetisches Straflager einwies, hatten sich vorher in den baltischen Staaten niedergelassen, wo sie bei der Okkupation 1940 durch sowjetische Truppen ebenfalls festgenommen und nach dem Osten deportiert wurden.

Dem Begriff „Stalin-Opfer“ werden nicht nur aufgrund der sowjetischen Strafgesetzgebung verhaftete, verurteilte oder während der Untersuchungshaft entlassene ÖsterreicherInnen zugeordnet, sondern auch solche, die „administrativ“, d. h. ohne Anklageerhebung oder Urteil, zwangsdeportiert und in Gefängnissen und La-

gern festgehalten wurden. Nicht berücksichtigt werden die wenigen Fälle von kriminellen Handlungen (Mord) oder jene Österreicher, die aufgrund ihres Dienstes in den deutschen Streitkräften während des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Truppen gefangen genommen wurden, und zwar egal, ob man sie ohne Frist festsetzte bzw. zu einer Lagerstrafe verurteilte.

Das Gedenkbuch wird aus drei Teilen bestehen:

- Eine generelle Abhandlung über die Gründe und den Ablauf des stalinistischen Terrors.
- Drei bis vier Kapitel über Opferkategorien oder Gruppen mit einem feststellbaren kollektiv-biographischen Ansatz.
- Kurzbiographien der Opfer. Der derzeitige Stand (vorhandene Strafdaten) beläuft sich auf 600. Zur Eruiierung bzw. Ergänzung des Schicksals von ca. 1.800 „offenen Fällen“ dienen Dateien, die an die Innenressorts verschiedener ehemaliger Teilrepubliken der UdSSR übermittelt werden.

Fallbeispiele

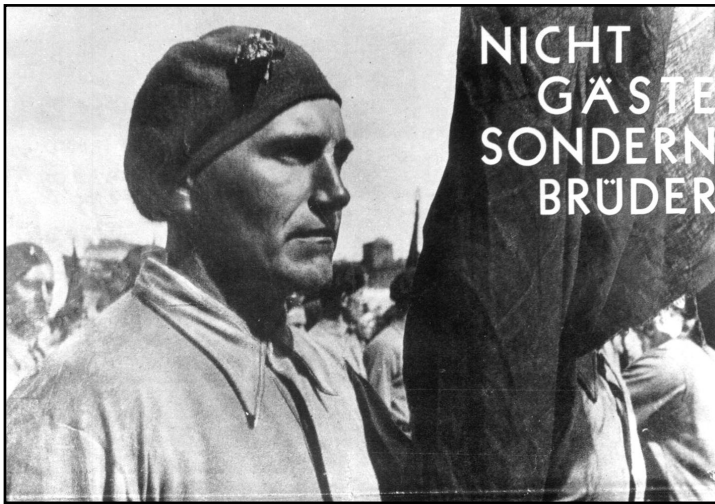
Hatte das NKWD alle Deutschsprachigen im Land zumindest seit dem Machtantritt Hitlers mit Argwohn betrachtet, gerieten im Verlauf der *Jeshowtschina* (Jeshows Herrschaft als NKWD-Chef 1936–1938) viele der Sowjetunion ergebene Facharbeiter und Polityasylanten als angebliche „Spione“ in die Fänge der sowjetischen Verfolgungsinstanzen. Ab Sommer 1937 wurden laut NKWD-Befehl Nr. 00447 für alle örtlichen NKWD-Gruppen „Verhaftungsquoten“ festgelegt, die von der Parteiführung auf Antrag der lokalen Partei- und NKWD-Leitungen ständig erhöht wurden. Im ersten Quartal 1938 etwa hatte die Moskauer Verwaltung des NKWD den Auftrag, monatlich 1.200 bis 1.500 „ausländische Spione“ zu „entlarven“ und sämtliche Fälle bis Mitte April abzuschließen. Schon zuvor waren mit dem Operativen Befehl Nr. 00439 (25. Juli 1937) in erster Linie deutsche Beschäftigte der sowjetischen Kriegsindustrie in den Fokus der Verfolgung geraten. Der Großteil der 1937/38 verhafteten ÖsterreicherInnen dürfte im Zuge der „Massenoperation“ gegen die Deutschen verhaftet worden sein. Mindestens 59 Menschen österreichischer Nationalität fielen der „polnischen Operation“ (NKWD-Befehl Nr. 00485) zum Opfer.

Die Schutzbundkollektive in Moskau, Charkow, Leningrad, Gorki und Rostow wurden von zwei großen Verhaftungswellen überrollt: die erste 1937/38, die zweite unmittelbar nach der deutschen Invasion im Juni 1941.

Alle „politischen“ Anklagen waren konstruiert. Die dazugehörigen Geständnisse wurden — wie aus den späteren Rehabilitierungsakten hervorgeht — durch „physisches Einwirken“ (= Folter) erreicht. Das NKWD versuchte, möglichst viele Leute in die verschiedenartigsten „Komplotte“ zu involvieren, um gruppenweise unter den Ausländern „aufräumen“ zu können und das vorgegebene Plansoll an verhafteten „Volksfeinden“ zu erreichen. Dass der eine oder andere Schutzbündler von der Terrormaschine nicht erfasst wurde, auch wenn er als „Deutschstämmiger“ oder als ein in einem „Kriegsbetrieb“ beschäftigter Ausländer in zweifacher Hinsicht zu den Zielgruppen der Verfolger gehörte, war purer Zufall. Diese Zufälligkeit drückte sich auch in dem Umstand aus, dass von Angehörigen ein und derselben „Verschwörergruppe“ einige Schutzbündler zum Tode, andere zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Franz Quittner: als „Spion“ erschossen

Der Physiker Franz Quittner (geb. 1904), Gründungsmitglied der Kommunistischen Jugend Österreichs, fuhr 1930 nach einer offiziellen Einladung nach Moskau und entschloss sich dort zum Bleiben. Er geriet Anfang 1938 in den Strudel der stalinistischen „Säuberungen“: Franz Quittner wurde am 8. März 1938 wegen angeblicher „Spionage“ festgenommen und 1938 auf der Hinrichtungsstätte des NKWD im Moskauer Vorort Butowo erschossen. Eine kurze Haft im Linzer Polizeigefängnis 1925 nach einer kommunistischen Demonstration hatten die NKWD-Vernehmungsoffiziere in eine „Anheuerung durch die österreichische Außenspionage“ umgedichtet. (Siehe dazu Kasten: „... *entschied ich mich für die Provokation*“) Die Versuche Genia Quittners, etwas über das Schicksal ihres Mannes zu erfahren, waren vergeblich. Man teilte ihr nur mit, er sei in keiner Moskauer Haftanstalt aufzufinden. Nach mehreren Eingaben an die Justiz zugunsten Quittners seitens der Führung der Kommunistischen Partei Österreichs bestätigte die Moskauer Staatsanwaltschaft in einem Antwortschreiben an den Komintern-Sekretär Dimitroff, über den die Briefe weitergeleitet worden



Heinz Roscher
(geb. 1898),
Leiter des ersten
Schutzbundtrans-
ports nach Moskau,
AIZ, 10. Mai 1934.

**Roscher wurde am
28. Mai 1938
erschossen.
Ihm wurde u. a.
„Spionage“ für
Deutschland
vorgeworfen.**
Foto: DÖW

„... entschied ich mich für die Provokation“

Aus dem Protokoll der Vernehmung von Franz Quittner, 11. März 1938

(Zit. nach: Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1999, S. 620 f.)

Frage: Sie wurden als ausländischer Spion verhaftet. Bekennen Sie sich in dieser Hinsicht schuldig?

Antwort: Ja, ich war tatsächlich bis zum Tag meiner Verhaftung mit Spionageaktivitäten zugunsten Österreichs befasst.

Frage: Wann und von wem wurden Sie für die Spionagetätigkeit zugunsten Österreichs angeworben?

Antwort: Für die Spionagetätigkeit zugunsten Österreichs wurde ich im Jänner 1930 vor meiner Abreise in die Sowjetunion von der österreichischen Polizei, von Polizeipräsident Resch, angeworben.

Frage: Unter welchen Umständen wurden Sie angeworben und von der österreichischen Polizei für Spionageaktivitäten auf sowjetisches Staatsgebiet geschickt?

Antwort: Bevor ich über meine Anwerbung als Spion rede, möchte ich etwas über mich erzählen. In Österreich war ich ab dem Jahr 1918 im Kommunistischen Jugendverband und ab 1924 in der Partei. Ich stamme aus einer kleinbürgerlichen Familie und teilte nicht die Interessen der Partei. Ich legte gegenüber all ihren Aktivitäten eine passive Haltung an den Tag und beteiligte mich selten daran. Im Jahre 1925 organisierten lokale monarchistische Organisationen in der Stadt Linz, unweit von Wien, eine Demonstration. Als Protest dagegen organisierten die Mitglieder des Kommunistischen Ju-

gendverbandes der Stadt Wien eine Gegendemonstration, an der ich ebenfalls teilnahm. Während der Demonstration kam es zu einem Zusammenstoß mit einer monarchistischen Organisation, die Demonstration des KJV wurde mit Hilfe der Polizei aufgelöst. Einige Teilnehmer, darunter auch ich, wurden verhaftet. Nach meiner Verhaftung kam ich ins Linzer Gefängnis, wo ich verhört wurde. Bei einem Verhör schlug mir der Polizeihauptmann Resch vor, dass ich ihm die Namen der Mitglieder des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes von Österreich nennen sollte, dann würde ich freigelassen, andernfalls würde ich geschlagen werden und müsste im Gefängnis bleiben. Als ich sah, dass ich geschlagen und verurteilt werden sollte, entschied ich mich für die Provokation und gab Namen von ZK-Mitgliedern an. Ich erinnere mich, dass ich u. a. folgende Namen nannte: Fürnberg, Lauscher, Reisinger sowie einige andere. [...] Fünf Jahre lang hatte ich Kontakt zur Polizei und informierte sie [...]. 1927 nannte ich Resch die Namen der ZK-Mitglieder der KPÖ Kopenig und Hexmann. Diese wurden bald darauf verhaftet.¹

¹ Die Abstrusität dieses „Geständnisses“ zeigt sich nicht zuletzt darin, dass bis zum 9. Parteitag der KPÖ (Juni 1927) die Namen der in das ZK gewählten Parteifunktionäre im Zentralorgan der KPÖ (*Die Rote Fahne*) veröffentlicht wurden.

waren, die Anklage („Spionage“) und die Hinrichtung. Auf dem Brief findet sich der Eintrag Dimitroffs: „Niemand mitteilen außer Fürnberg und Kopenig“. Der Sekretär und der Vorsitzende der KPÖ verpflichteten sich per Unterschrift zum Stillschweigen. Einige Jahre später erfuhr Genia Quittner von einem KPÖ-Funktionär, ihr Mann sei „zugrunde gegangen“. Im Dezember 1946 kehrte sie mit ihren beiden Kindern nach Wien zurück. So wie viele andere Angehörige österreichischer Stalin-Opfer erhielt sie über das Rote Kreuz eine gefälschte Todesnachricht: Ihr Mann sei 1943 in der Haft verstorben. Genia Quittner starb 1989. Einundeinhalb Jahre später trat ein Gesetz in Kraft, das den Angehörigen der Opfer das Recht auf Auskunft und Einsicht in die Strafunterlagen gewährte.

Heinz Roscher: „Agent der deutschen Aufklärung“

Heinz Roscher, geb. 1898 in Fiume und Mechaniker im Wiener Gaswerk, war während der Februarkämpfe 1934 Führer des Floridsdorfer Schutzbunds. Er flüchtete in die Tschechoslowakische Republik und leitete Ende April 1934 den ersten Schutzbundtransport nach Moskau. Dort war er als Mitglied des Stadtrats und als Facharbeiter tätig. Als Heinz Roscher Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Massenverfolgungen äußerte, trug ihm dies den Ruf der politischen Unzuverlässigkeit ein und vereitelte seinen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg. Roscher wurde schließlich Anfang Februar 1938 festgenommen. Bei den protokollierten Verhören mit ihm wurden drei — erfundene — Komponenten zu einer Anklage verbunden: Spionage zugunsten von Deutschland, Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppierung der KPÖ und Schädlingarbeit im Betrieb. Die eilends zusammengeschriebene Anklageschrift zeigt, unter welchem „Erfolgsdruck“ die NKWD-Beamten standen: Das Dokument hat kein Datum, weist Roscher mit dem Vornamen Hans aus und datiert seine zweite „Anwerbung als Spion“ mit dem Jahr 1931 (1935 war er angeblich das erste Mal rekrutiert worden).

Heinz Roscher wurde am 28. Mai 1938 erschossen. Wie sich im Zuge seiner posthumen Rehabilitierung 1963 herausstellte, hatten ihn die Verhörenden mit erfundenen Aussagen konfrontiert und sich nicht einmal an die geltende Strafprozess- und Ermittlungsordnung gehalten.

Gustav Deutsch: der „Trotzkist“

Gustav Deutsch, der Sohn des Schutzbund-Obmanns Julius Deutsch, wurde 1906 in Zürich geboren. Er war ab 1925 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, flüchtete Ende Februar 1934 in die Tschechoslowakische Republik, um der Verhaftung zu entgehen, und traf Ende März 1934 in der Sowjetunion ein, wo er als Eisenbahningenieur in Woronesh und Jelez arbeitete. 1935 traten er und seine Frau Agnes der KPÖ bei.

Im Oktober 1937 wurden Gustav und Agnes Deutsch verhaftet. Nach der Verhaftung hatte das NKWD rasch „Verdächtiges“ in der Biographie des jungen Ingenieurs gefunden: Aus seinem Frankreichaufenthalt wurde eine Verbindung zu und Zusammenarbeit mit führenden französischen Trotzkisten konstruiert. Seine Freundschaften und Bekanntschaften in der UdSSR verwandelten sich in ein „trotzkistisches Komplott“.

Gustav Deutsch wurde vom Militärkollegium des Obersten Gerichtes der UdSSR am 14. Juni 1938 zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. Im Urteil heißt es:

„Die Voruntersuchung und die gerichtliche Untersuchung haben ergeben, dass Deutsch Gustav, Sohn des Julius, im Jahre 1934 im Auftrage eines ausländischen trotzkistischen Zentrums in die Sowjet-



Gustav Deutsch (geb. 1906) wurde der Aufbau einer „trotzkistischen Organisation“ vorgeworfen. Er wurde im Juni 1938 hingerichtet.
Foto: DÖW

union gekommen ist, um hier antisowjetische terroristische und Spionageaktivitäten zu organisieren. In Erfüllung dieser Aufgabe hat er [das Wort ‚er‘ wurde durchgestrichen und durch ‚Deutsch‘ ersetzt] eine antisowjetische trotzkistische terroristische [eingefügt wurde das Wort ‚Spionage‘]organisation aufgebaut, in welche [eingefügt wurden die Worte ‚von ihm‘] ausländische Facharbeiter aufgenommen wurden. Deutsch beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung eines Attentats auf den Gen. Stalin.“

Gustav Deutsch wurde 1956 rehabilitiert. Agnes Deutsch wurde im Mai 1938 zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Sie überlebte den Gulag und übersiedelte Mitte der 1950er Jahre von Magadan nach Moskau, wo sie als Journalistin tätig war. Agnes Deutsch starb 1976 in Moskau.

Bruno Sachs: ein Überlebender

Der Ingenieur Bruno Sachs, der Ende der 1920er Jahre in die Vereinigten Staaten (New York) ausgewandert war, bewarb sich, ohne parteipolitisch gebunden zu sein, nach einem Urlaubsaufenthalt 1931 in der UdSSR um eine Stelle bei NATI, dem Wissenschaftlichen Institut für die Automobil- und Traktorenindustrie. Sachs verfügte zu diesem Zeitpunkt aus seinen Patenten über ansehnliche Einkünfte. Er wurde am 24. August 1937 nach einer Denunziation als so genanntes „antisowjetisches Element“ verhaftet. Der Mann, der ihn belastete, war ein deutscher Arbeitskollege, der zugleich als *seksot* (geheimer Mitarbeiter) für das NKWD tätig war. Anna Sachs wurde als Haftgrund mitgeteilt, dass ihr Mann nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft beantragt habe. Andere Verdachtsmomente betrafen seine Briefe ins Ausland, Reisen nach Wien und seine ausländischen Bankkonten.



Bruno Sachs mit seiner Tochter Ada. Er wurde als „antisowjetisches Element“ verhaftet.
Foto: Privataarchiv Barry McLoughlin

Ende 1937 wurde Bruno Sachs zur Ausweisung verurteilt. Er kam im April 1938 nach Wien, seine Frau und seine Tochter waren wenige Monate zuvor angekommen. Nun setzte — im Machtbereich des NS-Regimes — eine neue Etappe der Verfolgung der jüdischen Familie Sachs ein. Bruno und Anna Sachs entkamen mit ihrer Tochter Ada 1940 von Frankreich in die USA.

Die Publikation des Gedenkbuchs soll innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Teile davon, in erster Linie die Opferbiographien, werden auf der Internetseite des DÖW abrufbar sein.

Hinweise und Anregungen an Barry McLoughlin: barrymc@utanet.at.



Das Ehepaar Agnes und Gustav Deutsch. Agnes Deutsch wurde zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Sie überlebte den Gulag.
Foto: DÖW

WIR BETRAUERN

Die Widerstandskämpferin Poldi **Berger** starb am 17. November 2005 im 84. Lebensjahr. Poldi Berger wurde im Juli 1939 festgenommen. Ein Verfahren gegen sie wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde im Dezember 1939 eingestellt. Ihr Ehemann Ferdinand Berger, Spanienkämpfer und langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, verstarb im April 2004. Poldi Berger selbst blieb dem DÖW bis zuletzt freundschaftlich verbunden.

Am 15. Dezember 2005 starb im 61. Lebensjahr der langjährige ehrenamtliche DÖW-Mitarbeiter Bruno **Liszka**. Der vormalige Buchhändler leistete in unserem Archiv vor allem Bibliotheksarbeit. Bruno Liszka wird uns als Kollege und Freund in dankbarer Erinnerung bleiben.

Ausstellung über Jugend-KZ

Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben ist der Titel der von Martin Guse aus Liebenau (BRD) konzipierten und realisierten Wanderausstellung, die den Häftlingen der Jugendkonzentrationslager gewidmet ist. Aufgrund politischer, religiöser, rassistischer und — vor allem — sozialer Verfolgung wurden Jugendliche im Alter von ca. 15 bis 25 Jahren in „polizeiliche Jugendschutzlager“ eingewiesen (Mädchen in Uckermark, Buben in Moringen) und als so genannte „Gemeinschaftsfremde“ inhaftiert. Die Ausstellung thematisiert die Lebenswege und Schicksale der jugendlichen Häftlinge in den KZ Moringen und Uckermark, die auch als „vergesene Lager“ bezeichnet werden.

Zur Ausstellung gibt es einen Begleitkatalog (EUR 6,50 bzw. EUR 4,— für SchülerInnen und StudentInnen), Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Zeit/Ort:

14. Februar bis 5. März 2006

VHS Favoriten, Arthaberplatz 18,
1100 Wien

15. März bis 7. April 2006

Urania, Uraniastraße 1, 1020 Wien

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag,
10.00 bis 19.00 Uhr

Am **16., 23. Februar und am 2. März** jeweils um **10.30 Uhr** in der **VHS Favo-**

riten, am 23., 30. März und am 5. April in der **Urania** besteht die Möglichkeit, einem **Zeitzeugen** zu begegnen: Leopold Dietrich war 4 Monate in Haft in Wien, weitere 33 Monate verbrachte er im Jugend-KZ Moringen. Er war wegen „monarchistischer Umtriebe“ festgenommen worden.

Weitere Informationen zu diversen Nebenveranstaltungen (Lesungen, Diskussionen) per e-mail: milli.segal@chello.at.

Hermine Riss — „Gerechte unter den Völkern“

Die Wienerin Hermine Riss unterstützte während der NS-Zeit jüdische Verfolgte und wurde deshalb am 6. Dezember 2005 posthum als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Hermine Riss versteckte von 1942–1945 die als Jüdin im Sinne der „Nürnberger Gesetze“ von der Deportation bedrohte Regine Heinrich in ihrer Wohnung in Wien–Leopoldstadt. Weiters beherbergte sie zeitweise zwei weitere jüdische Verfolgte, die als „U-Boote“ die NS-Zeit überlebten: Stefanie Zach und Otto Breichenstein. Hermine Riss riskierte durch diese Hilfe ihr Leben, da die Unterkunftgeber von „U-Booten“ in der Regel von der Gestapo in Konzentrationslager eingewiesen wurden.

Yad Vashem, die Nationale Holocaust-Gedenkstätte Israels, ehrt Retter und Helfer von Juden als „Gerechte unter den Völkern“. Ihre Namen werden auf der Ehrenwand im Garten der Gerechten in der Gedenkstätte Yad Vashem eingetragen.

Für die Auszeichnung von Hermine Riss hat sich das DÖW gemeinsam mit dem Enkelsohn der geretteten Regine Heinrich eingesetzt.

Exkursion nach Mauthausen

Am 25. Mai 2006 bietet die Volkshochschule Wien-Hietzing Gelegenheit zu einer Fahrt in die Gedenkstätte Konzentrationslager Mauthausen. In Mauthausen waren zwischen 1938 und 1945 rund 200.000 Häftlinge aus ganz Europa eingesperrt, nur die Hälfte überlebte.

Kurs-Nr.: 8622, Kosten: EUR 30,—, Information/Anmeldung: Tel. 01/804 55 24, e-mail: office@vhs-hietzing.at.

Gedenken in Neudorf / Novo Selo

Die kleine kroatische Gemeinde Neudorf / Novo Selo im Bezirk Neusiedl am See (Bgl) hat Ende Oktober 2005 den zivilen Opfern des NS-Regimes ein Denkmal gesetzt. Auf zwei gesonderten Tafeln am Sockel des Kriegsdenkmals wird nun an die durch den Terror der Nationalsozialisten umgekommenen Einwohner erinnert: Auf einer Tafel sind die Namen der fünf während des Holocaust ermordeten jüdischen Ortsbewohner eingraviert, auf der anderen die Namen eines im KZ Mauthausen umgekommenen Bauern sowie der zehn durch deutsches Artilleriefeuer während und in der Folgezeit der Befreiung am 2. April 1945 ums Leben gekommenen Zivilisten angebracht.

Die feierliche Enthüllung der Erinnerungstafeln erfolgte in Anwesenheit des burgenländischen Landtagspräsidenten Walter Prior, des Bürgermeisters Stefan Mikula sowie als Vertreter der ehemaligen burgenländischen Jüdinnen und Juden Dr. Jonny Moser. Im Beisein einer großen Delegation der burgenländischen Freiheitskämpfer und fast der gesamten Ortsbevölkerung betonten die Redner, die Gedenktafeln sollten immer an die NS-Zeit erinnern, damit sich derartige Geschehnisse niemals wiederholen könnten.

Allgemeiner Entschädigungsfonds

Im Jänner 2001 unterzeichneten die Republik Österreich, die Vereinigten Staaten, Opferorganisationen, Opferanwälte und österreichische Wirtschaftsunternehmen in Washington eine gemeinsame Vereinbarung. Kernstück war die Errichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds von NS-Opfern für in der NS-Zeit erlittene Verluste oder Schäden, die bis dahin nicht abgegolten worden waren. Allerdings wurde das In-Kraft-Treten dieses Fonds, in dessen Rahmen erstmals auch Entschädigungen für liquidierte Betriebe beansprucht werden können, an die Zurückziehung aller im Jänner 2001 in den USA anhängigen Klagen gegen österreichische Firmen oder Institutionen geknüpft, was erst im Dezember 2005 der Fall war. Erste Auszahlungen durch den Allgemeinen Entschädigungsfonds erfolgten noch vor Jahresende 2005.

Die Einreichfrist für Anträge auf Naturalrestitution (Rückstellung) wurde bis zum 31. Dezember 2006 verlängert. Infos/Antragsformular: www.nationalfonds.org.

Zum Thema:

Texte und Materialien über *Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus* sind seit kurzem auf der Website des DÖW: www.doew.at/service/ausstellung/doew_restitution/index.html.

Zeitgeschichte im Internet

www.holocausttaskforce.org: Neu gestaltet präsentiert sich die Homepage der *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research*. Dort eingebunden ist u. a. die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors (von der Startseite weg mit dem Button *Holocaust Memorial Database* erreichbar).

Die englischsprachige Seite der Gedenkstättenübersicht ist auch direkt erreichbar: www.memorial-museums.net.

Wir bedanken uns

Die *Alfred Klahr Gesellschaft*, Wien, hat uns ergänzende Unterlagen zum Namensverzeichnis der fünf Österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien zukommen lassen.

Jahresversammlung des DÖW 2006

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes findet heuer am **13. März 2006 um 18.00 Uhr** im Festsaal des Alten Rathauses (Wipplingerstraße 8, 1010 Wien) statt.

Festredner ist Anton Pelinka. Er spricht über den *österreichischen Widerstand im Widerspruch der verschiedenen Narrative*.

Der Auflage für Wien, Niederösterreich und Burgenland liegen gesonderte Einladungen bei.

NEUES VON GANZ RECHTS

Neonaziaufmärsche im Mühlviertel

Für den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, plante der *Bund freier Jugend* (BfJ) eine Demonstration in Linz. Da diese von den Behörden nicht genehmigt wurde, wickelte man ins Mühlviertel aus. Zunächst zog ein Grüpplein Neonazis kurz durch die Freistädter Altstadt, skandiert wurden dabei Parolen wie „Temelin und Asylbetrug — Von dieser EU haben wir genug!“. Danach formierte man sich in Gallneukirchen zu einer Demonstration gegen „Polizeiwillkür“. Die derart angesprochenen Beamten konnten dort zumindest die Personalien der Neonazis feststellen. Von Seiten des BfJ, der sich im Moment mehreren Ermittlungsverfahren nach dem NS-Verbotsgesetz ausgesetzt sieht, wurde im Nachhinein versucht, jede Urheberchaft an diesen Aktionen zu leugnen. Es seien bloß „verärgerte Kameraden“ gewesen, die ganz spontan und ohne Zutun des BfJ grölend durch Freistadt und Gallneukirchen gezogen sind.

Islamismus und Neonazismus

Nachdem sich die Neonazis von *Stoertebeker* schon zuvor für die antisemitischen Ausfälle des iranischen Präsidenten Ahmadinejad begeistert hatten, veröffentlichten sie am 12. Dezember einen Brief, den Gerd Honsik an die iranische Botschaft in Deutschland gesandt hatte. Darin bittet er um Unterstützung für den gegenwärtig in Mannheim vor Gericht stehenden Holocaustleugner Ernst Zündel. Nicht nur die Einigkeit im Hass auf die Jüdinnen und Juden, auch die Tatsache, „dass die Kulturen unserer beiden Völker desselben indogermanischen Ursprungs sind“, veranlasste den nach Spanien geflohenen Neonazi zu diesem Schritt. Honsik empört sich, dass Zündels Rechtsbeistände — darunter der österreichische Neonazi-Anwalt Herbert Schaller — vom Verfahren ausgeschlossen wurden, und bittet nun, dass der Iran einen geeigneten Ersatz zur Verfügung stellt.

Dass sich Honsik an den Iran wendet, reiht sich ein in eine bis in die Zeiten nationalsozialistischer Herrschaft zurückreichende Allianz mit Islamisten/arabischen Nationalisten. In den 1980er Jahren rückte man vor allem in Sachen „Revisionismus“ eng zusammen. Honsik schrieb 1986 in sei-

nem „Aufruf an die arabische Welt“: „Die Entlarvung der Judenvergasung als dem größten Propagandaschwindel der Weltgeschichte [...] wäre heute für zwei Nationen von ungeheurer Wichtigkeit! Für das deutsche Volk, um aus der Versklavung zu erwachen, und für die arabische Welt, um Israels Aggressionskraft dort zu erschüttern, wo diese Kraft tatsächlich entspringt. Nämlich in der Sympathie und dem Mitleid, die das verführte amerikanische Volk seinen zionistischen Beherrschern entgegenbringt.“ Daher bat Honsik die „arabische Welt, uns mit Geld zu unterstützen, damit wir der amerikanischen Propagandalüge von der ‚Judenvergasung‘ ein Ende bereiten können“.

Hier ist auch daran zu erinnern, dass der Holocaustleugner Wolfgang Fröhlich Anfang Mai 2000 in der iranischen Botschaft in Wien um politisches Asyl angesucht hat. Ein anderer „Revisionist“, der Schweizer Jürgen Graf, fand auf seiner Flucht vor Strafverfolgung damals tatsächlich Unterschlupf im Iran. Und bei *Radio Teheran* genießen notorische Holocaustleugner den Ruf von „Wissenschaftlern“. So wurden bisher u. a. Robert Faurisson, David Irving, Ernst Zündel, Fredrik Toben und eben auch Honsik interviewt. Dazu kommen zahlreiche Auftritte von Größen der internationalen Neonazi-Szene an der Universität Teheran.

Nationale Arbeitsteilung

Während sich im November in Wien auf Einladung der FPÖ-Akademie die Euro-Rechte versammelte, reisten Führungskader der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) durch Österreich. Es war einmal mehr dem burschenschaftlichen FPÖ-Vorfeld und seinem Organ *Die Aula* überlassen, die Kontakte zum deutschen Neonazismus zu pflegen. In der Dezember-Ausgabe des „freiheitlichen Magazins“ findet sich ein Beitrag über einen Auftritt des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, des stellvertretenden Chefredakteurs der *Deutschen Stimme*, Andreas Molau, und des kurz darauf verstorbenen Franz Schönhuber bei der Grazer Burschenschaft *Cheruskia* am 11. November 2005. Voigt sprach über die „Chancen und Perspektiven der nationalen Bewegung in der BRD und in Österreich“, Schönhuber über sein letztes Buch „Die Volksverdummer“. Dem NPD-Chef wurde darüber hinaus auch im Heft Platz für seine rassistischen

Parolen eingeräumt. Voigt träumt dort bereits von „Sammellagern“ für MigrantInnen und von der Schaffung von „Bürgerwehren“. (*Aula* 12/2005, S. 23)

Verbotsgesetz-Prozess gegen Steinhauser und Pitlik?

Der *Patriot*-Herausgeber Günther Seger behauptet in der aktuellen Ausgabe seiner Hetzschrift, dass seine engen Kampfgefährten Karl Steinhauser und Herbert Pitlik wegen der Abfassung und Herausgabe der Machwerke *Die Protokolle der Weisen von Zion aus der Sicht nach 100 Jahren* und *Eine Spur zur Wahrheit? Der Nürnberger Prozess* in Wien nach dem NS-Verbotsgesetz angeklagt worden seien. (*Der Patriot* 6p/2005, S. 5)

Die Ernennung von Benjamin S. Bernanke zum neuen US-Notenbankchef nimmt Seger zum Anlass, um einmal mehr seinen antisemitischen Verschwörungphantasien freien Lauf zu lassen: Präsident Bush sei damit „der alten Tradition treu“ geblieben, „einen Juden zum Chef des mächtigsten US-Geldinstituts zu machen“. Dementsprechend gehe es der Federal Reserve Bank „in erster Linie darum, das Vermögen der Massen mit Hilfe der Spekulations-Industrie in die Taschen von ein paar Magnaten der Wall Street umzuleiten“. Dazu bedürfe es „eines eindeutig programmierten FED-Chefs. Und da verlässt man sich lieber auf einen Mann aus dem eigenen Kult“. (Ebenda, S. 24)

Honsik-Brief

In den neonazistischen *Huttenbriefen* wurde ein offener Brief Gerd Honsiks veröffentlicht. Dort behauptet er, das „Deutsche Volk“ sei das „Opfer des größten Mordes in der Weltgeschichte“. (*Huttenbriefe* 5/2005, S. 12) Bezug nehmend auf die „Revisionisten“ App und Bacque schreibt Honsik, die USA seien für „die Ermordung von 13 Millionen Deutschen [...] direkt und indirekt verantwortlich“. Mehr noch, die „Verminderung der deutschen Bevölkerungszahl durch Völkermord“ sei ein „Kriegsziel der US-geführten Allianz gegen Deutschland“ gewesen. Dieses „Ziel“ habe „bei den Westmächten seit dem Ersten Weltkrieg“ bestanden (ebenda, S. 14). In paranoider Umkehrung der historischen Realität behauptet Honsik weiter, dem „friedlichen Deutschen Volke“ sei

der „Rassenhass und der Rassenverdacht“ aus den USA entgegengeschlagen (ebenda, S. 15). Folglich sei die „Beseitigung des Nationalsozialismus [...] den Siegermächten nur ein Vorwand“ gewesen.

Einigungsfaktor Antiamerikanismus

Unter dem Titel *Rechts-linke Schnittmengen gegen das Imperium Americanum* bespricht Jürgen W. Gansel im NPD-Blatt *Deutsche Stimme* (Januar 2006, S. 16) das im Wiener *Promedia Verlag* erschienene Machwerk *Ami go home!* von Wilhelm Langthaler (*Antiimperialistische Koordination*) und Werner Pirker (*junge welt*).

Zunächst nennt Gansel die Motive für den neonazistischen Antiamerikanismus, wie sie sich aus einer noch offenen „welthistorische[n] Rechnung“ mit den USA ergeben: „Erstens dafür, dass diese durchrasste, profitgierige und von altisraelischem Auserwähltheitswahn getriebene Kunstnation gegen Deutschland zwei Weltkriege entschieden und damit den ganzen Kulturkontinent Europa auf das Abstellgleis der Geschichte geschoben hat, und zweitens dafür, dass Amerika gleichermaßen Ideologe und Vollstrecker der multikulturalistischen und Dollar-kapitalistischen ‚one World‘ ist.“ Aber auch „auf Seiten der deutschen Linken [flackert] vereinzelt noch ein Antiamerikanismus auf, der zu begeistern vermag“.

Entsprechend hymnisch fällt Gansels Besprechung des Langthaler/Pirker-Buches aus. Dieses sei „eine ausgezeichnete Argumentationshilfe auch für Nationalisten, die ihr geistiges Waffenarsenal auffüllen wollen“. Die linke Rhetorik, etwa die „Mitleidspflicht für die ach so schikanierten Afro-Amerikaner“, nimmt man da gerne in Kauf. Wird doch in dem antiimperialistischen Machwerk sogar „gegen die Holocaust-Keule [...] opponiert“. Auch würden die Autoren „den sonst für einzigartig böse gehaltenen Nationalsozialismus“ fast „verharmlosen“, wenn sie „feststellen, dass die USA als ‚führende Macht der imperialistischen Reaktion‘ an die Stelle Hitler-Deutschlands getreten sei“. Alles in allem würden sich diese antiamerikanischen Ausfälle „ohne weltanschauliche Bedenken in ein nationalistisches Redemanuskript einbauen [lassen]“. „Das vorliegende Buch“, so Gansel abschließend, „dient der geistigen Aufrüstung in vorzüglicher Weise.“

Aus dem „freiheitlichen Magazin“

In der Jänner-Ausgabe der *Aula* findet sich ein Text Fred Duswalds zur Verfolgung Homosexueller im NS-Regime. Bezeichnenderweise verwendet er Formulierungen wie „57.000 homosexuelle Täter“ (*Aula* 1/2006, S. 12), wenn die Rede von den homosexuellen Opfern der NS-Verfolgungen ist. Die Tatsache, dass die Homosexuellen unter „allen Häftlingen [...] die höchste Todesrate [hatten]“, erklärt sich Duswald u. a. damit, dass „sie wegen ihrer gegen die Schöpfungsordnung gerichteten Sexualität auch in Freiheit die am meisten gefährdete Gruppe bilden und ihre durchschnittliche Lebenserwartung von Haus aus nur halb so hoch ist wie bei Heterosexuellen“. Auch seien im KZ nicht alle ermordet worden, vielmehr hätten viele Selbstmord begangen, was ebenfalls den Opfern selbst zuzuschreiben sei: „Auch bei frei lebenden Schwulen ist die Selbstmordrate dreimal so hoch wie bei Männern allgemein. ‚Der Sünde Sold ist der Tod‘, schrieb der Apostel Paulus an die Römer (6, 23).“

Der im November 2005 verstorbene Franz Schönhuber ist in dieser Ausgabe der *Aula* mit seinem letzten Interview vertreten. Angesichts der aktuellen Versuche der FPÖ-Spitze, die europäischen rechtsextremen Parteien zu einigen, warnte er davor, hierbei die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) zu vergessen. Auch wenn die auf Legalität getrimmten Rechts-extremen aus „Angst vor der Weltmeinung“ (ebenda, S. 15) nicht bei der NPD anstreifen wollen, müsse „bei einer Euro-rechten [...] Deutschland dabei sein — und außer der NPD gibt es in Deutschland nichts mehr“. Als „europäischer Einigungsapostel“ bot Schönhuber sich für das Ausloten einer möglichen Zusammenarbeit an. Gleichzeitig warnte er vor Filip Dewinter und seinem *Vlaams Belang*: „Dewinter ist ein schlauer Bursche, eine Ersatzausgabe von Haider. In Antwerpen wird viel mit Gold gehandelt, zu den Juden gibt es über den gemeinsamen Feind Islam Berührungspunkte. Dewinter war auch in Israel. Das ist sehr gefährlich.“ Bei so viel Antisemitismus will auch die *Aula* nicht nachstehen, und so wird Schönhuber gefragt, ob er denkt, „dass bei der Umbenennung von Vlaams Blok auf Vlaams Belang jüdischer Einfluss im Spiel war“. Wenig überraschend bejahte der ehemalige SS-Recke dies.

Salzborn, Samuel: Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa. Frankfurt–New York: Campus Verlag 2005. 356 S.

Mit seiner 2005 im Campus Verlag erschienenen Dissertation *Ethnisierung der Politik* legt der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn eine erste umfassende Aufarbeitung völkischer Bestrebungen im Rahmen der europäischen Rechtssetzung aus kritischer Perspektive vor.

Den Charakter einer Dissertation kann Salzborns Publikation an keiner Stelle verleugnen, was dem/der LeserIn doch einiges an Konzentration und Disziplin abverlangt. Der Autor bleibt, was das Aufstellen von Thesen oder politischen Wertungen angeht, ausgesprochen vorsichtig — kann er allerdings auch, denn die Analyse spricht für sich. Es dauert freilich eine Weile, bis sich die einzelnen Elemente wie Puzzlesteinchen aneinander fügen und damit auch die politische Relevanz und Aktualität deutlich wird. Bedauerlich ist das eher mäßige Lektorat, dem eine ganze Reihe von Flüchtigkeiten entgangen zu sein scheint.

Inhaltlich jedoch ist die Lektüre ausgesprochen lohnend, wird hier doch aus theoretisch stringenter kritischer Perspektive eine — wie vermutet werden kann: auch in Zukunft — für die europäische Rechtssetzung wesentliche Strömung bearbeitet, deren weit reichende politische Implikationen im realpolitischen Alltag verschleiert bleiben. Salzborn weist nicht nur auf theoretischer Ebene die genuin rechte völkische Fundierung der „Volksgruppentheorie“ (bzw. des davon abgeleiteten „Volksgruppenrechts“) nach, er belegt durch seine detailreiche Analyse der Aktivitäten einschlägiger Verbände und Gruppierungen im theoretischen wie politisch-strategischen Bereich auch die realpolitische Bedeutung, die diese Theorien in den letzten Jahrzehnten gewinnen konnten. Dabei ist zu bedenken, dass zwar in dem — im Wortsinn unübersetzbaren — deutschsprachigen Terminus „Volksgruppe“ die völkische Fundierung durchklingt, doch ihre Apologeten in strategischer Anknüpfung an liberal-demokratische Minderheitenkonzeptionen, die gegen ihre ursprüngliche Intention gewendet werden, demokratische Legitimität und Respektabilität zu erlangen versuchen. Dabei waren sie — wie Salzborn nachweist — insbe-

sondere seit der Transformation der osteuropäischen Länder zum Teil bedenklich erfolgreich. Vor allem im Rahmen des Europäischen Parlaments und des Europarats gelang es völkisches Gedankengut unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes in völkerrechtlich verbindlicher Form zu verankern — de facto läuft dies auf die völlige Aushöhlung der europäischen Nachkriegsordnung hinaus, die gerade in Abgrenzung zum nationalsozialistischen „Volksgruppen“-Denken individuelle (Bürger-)Rechte und Schutz vor Diskriminierung garantierte. Bisher handelt es sich dabei allerdings noch um einzelne Elemente des in sich geschlossenen Gebäudes „Volksgruppenrecht“, da — um eine Schlussfolgerung Salzborns vorwegzunehmen — „[...] das Schlüssel-Rechtsinstrument aus völkischer Perspektive (die Autonomie-Konvention) bisher völkerrechtlich nicht realisiert werden konnte“ und damit „die faktische Verankerung eines europäischen Volksgruppenrechtes als Ganzes noch“ aussteht (S. 293, Hervorhebung im Original). Aus diesem Grund sieht Salzborn die Möglichkeit zur Umkehr der Entwicklung durchaus gegeben, nennt jedoch als Voraussetzungen nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit den Prinzipien der „Volksgruppenpolitik“ — wie sie die vorliegende Arbeit leistet —, sondern auch die Erarbeitung konkreter Alternativen.

In *Ethnisierung der Politik* werden zunächst die ideologischen Grundlagen des „Volksgruppenrechts“ auf den unterschiedlichen, jedoch stets aufeinander bezogenen Ebenen von „Herkunft/Abstammung“, „Sprache“ und „Kultur“ ausführlich problematisiert und die wesentlichen rechtspolitischen Argumentationslinien der „VolksgruppentheoretikerInnen“ dargestellt. Völkische Raumordnungskonzepte analysiert Salzborn sowohl auf der Ebene der Binnenstruktur der „Volksgruppen“ (Völkische Autonomie), auf der Ebene der Beziehungen zwischen diesen völkisch gedachten Kollektiven (Ethno-regionalismus) sowie im Bezug auf die übergeordnete europäische Entität (Ethnisch-partikularer Föderalismus). Zum Abschluss des theoretischen Teils wird die völkische Kategorie „Ethnos“ noch einmal dem liberal-demokratischen „Demos“ gegenübergestellt. Gerade diese Gegenüberstellung — die viel zur Klärung des anti-demokratischen und anti-aufklärerischen Impetus völkischer Politik beiträgt — birgt allerdings auch die Gefahr der Simp-

lifizierung, sobald die Analyse auf konkrete politische Konflikte hin gewendet werden soll. Aus emanzipatorischer Perspektive müssten hier meines Erachtens kreativere Lösungen angedacht werden, die etwa (regionale) Mehrsprachigkeit abseits ihrer „ethnischen“ Fundierung fördern könnten. Salzborn ist allerdings völlig Recht zu geben, dass bei der Entwicklung von menschenrechtlichen Alternativen zum „Volksgruppenrecht“ die — im bürgerlich-liberalen Staat tatsächlich diskriminierten — „AusländerInnen“ im Zentrum der Überlegungen stehen müssten: politisch klar im Gegensatz zur von rassistischen Reinheitsfantasien erfüllten „Volksgruppenpolitik“.

Im zweiten — und meiner Meinung nach interessantesten — Teil des Buches zeichnet Salzborn die Aktivitäten einschlägiger TheoretikerInnen und Verbände seit Ende des Zweiten Weltkriegs nach. Deutlich wird dabei nicht nur die (im völkischen Sinn) „deutsche“ Dominanz, die sich nicht zuletzt in staatlichen Förderungen aus der Bundesrepublik Deutschland und Österreich widerspiegelt, sondern auch die ideologische und personelle Kontinuität zur nationalsozialistischen „Volksgruppenpolitik“, die sich hinter der scheinbaren Internationalität und/oder Wissenschaftlichkeit einschlägiger Arbeiten verbirgt.

Wer völkischen Interpretationen der Wirklichkeit und ihrem Hang zu self-fulfilling prophecies zu werden, etwas entgegensetzen möchte, dem/der sei die *Ethnisierung der Politik* empfohlen.

Stefanie Mayer

Welzer, Harald: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Unter Mitarbeit von Michaela Christ. Frankfurt/M.: S. Fischer-Verlag 2005. 323 S.

Die an den Massenmorden an Juden im Zweiten Weltkrieg beteiligten Täter wiesen überwiegend keine besonderen psychologischen oder sozialen Merkmale auf, vielmehr handelte es sich meist um als harmlos und normal geltende Durchschnittsmenschen, um „ganz normale Männer“. Diese Erkenntnis der bisherigen Forschung löste in der Geschichtswissenschaft eine kontroverse Diskussion zur Erklärung des Weges vom gutmütigen Familienvater zum vielfachen Massenmörder aus. Mitunter interpretierten die Historiker und Politikwissenschaftler dieselben Er-

eignisse und Quellen dabei ganz unterschiedlich, wofür die Kontroverse zwischen Christopher R. Browning und Daniel Jonah Goldhagen exemplarisch steht. Nun hat sich der Sozialpsychologe Harald Welzer des Themas in seinem Buch *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden* angenommen und fragt darin nach den Ursachen für das Entstehen einer solchen Tötungsbereitschaft und der Akzeptanz von praktizierten Massenmorden.

Dabei wählt der Autor einen besonderen Ansatz: Wenn es keine besondere Persönlichkeitsstruktur der Täter gebe, müsste eine Analyse bei den Prozessen und Situationen vor und während der Tat ansetzen. Eine Sozialpsychologie des Massenmordes habe dabei drei Problemstellungen zu beachten: die Interpretation der Situation durch die Täter, die individuell wahrgenommene Binnenrationalität ihrer Handlungen und die den Tötungen vorausgehenden situativen Dynamiken (vgl. S. 43). In diesem Sinne geht Welzer ausführlich auf einige Massenmorde von SS-Einsatzgruppen und Polizeibataillonen als Fallstudien ein, ergänzt diese aber auch um knappere vergleichende Betrachtungen mit ähnlichen Taten in Ex-Jugoslawien, Kambodscha, Ruanda und im Vietnamkrieg. Bei all dem hebt der Autor eine Reihe von bemerkenswerten Besonderheiten hervor und eröffnet mit der sozialpsychologischen Perspektive einen neuen Zugang zur Problematik. Sie mündet allerdings in beklemmend wirkenden Einsichten.

Welzer untersucht nicht primär das Außergewöhnliche und Unvorstellbare, sondern das Alltägliche und Normale am Verhalten der Täter. Unter Rückgriff auf die Erkenntnisse von als klassisch geltenden Untersuchungen der Psychologie wie dem Gehorsamsexperiment von Stanley Milgram oder dem Konformitätsexperiment von Salomon Asch verweist der Autor auf die hohe Anpassungsbereitschaft vieler Menschen und die geringe Verankerung moralischer Überzeugungen. Das Bedürfnis nach kollektivem Aufgehobensein und nach Verantwortungslosigkeit enthält nach Welzer das größte Potential zur Unmenschlichkeit. Aus ihm resultiere die gefühlte Attraktivität einer klaren Aufteilung der Welt in Freund und Feind, Gut und Böse. Eine jahrhundertelange aufklärerische Erziehung des Menschengeschlechts hätte wenig an jener psychischen Eigenschaft hervorgebracht, die an die Stelle der fraglosen Einfügung in Gruppen treten sollte: Autonomie (vgl. S. 268).

Dem Autor gelingt es überzeugend auf die Bedeutung dieses Gesichtspunktes zur Immunisierung gegenüber den Beteiligungen an mörderischen Prozessen hinzuweisen. Seine Auffassung wird übrigens durch die Forschungen zu den Helfern und Rettern verfolgter Juden bestätigt, worauf Welzer allerdings selbst nicht näher eingeht. Gleichwohl kann hier auch kritisch angemerkt werden, dass Autonomie für sich allein nur eine formale Kategorie darstellt. Es dürfte auch autonom agierende Massenmörder geben. Die vorgetragene Erklärung trägt nur für die „Mit-Mörder“, die sich in einem besonderen sozialen Kontext in dieser Hinsicht konformistisch verhalten und in ihrer mörderischen Tätigkeit lediglich eine „normale Arbeit“ sehen. Hierdurch erklärt sich auch das fehlende Empfinden von persönlicher Schuld der Täter. Welzer liefert demgemäß bedeutsame Analysen zu einer bedrückenden Problematik, die auch noch andere wichtige Gesichtspunkte berücksichtigt, hier und da aber sicherlich auch systematischer hätte präsentiert werden können.

Armin Pfahl-Traugher

Loewy, Hanno (Hrsg.): Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien. Essen: Klartext Verlag 2005. 368 S.

Der ewige „Dritte“ in allen Konflikten? — Hanno Loewys gleichnamige Positionsbestimmung jüdischer Personen und Kollektive in krisenhaften Konstellationen bildet den Ausgangspunkt für den vielseitigen Sammelband zu präsenten Formen des Antisemitismus. Sich auf Sartre berufend, der die Dichotomie zwischen *dem Antisemiten*, der Jüdinnen und Juden letztlich nach dem Leben trachtet(e), und *dem Demokraten*, der die Existenz jüdischer Individuen nur durch Zerschlagung jüdischer Kollektivität erduldet(e), beschrieb, sieht Loewy Jüdinnen und Juden heute eingeklemmt zwischen einem anti-westlichen Islamismus mit seinen europäischen Ausläufern und einem christlich-fundamentalistischen, islamophoben Philozionismus, dessen Ziel die Missionierung der Jüdinnen und Juden und somit die Tilgung ihrer als „anders“ empfundenen Identität(en) ist. Die weiteren Aufsätze behandeln drei Topoi gegenwärtiger Judeophobie: Antisemitismus im NoGlobal-Bereich, Juden Hass in muslimischen Migrationscommunities sowie Philosemitismus. Lediglich Holger Kehles literaturwissenschaftliche Diskussion des Wal-

serschen Aufregers *Tod eines Kritikers* fällt aus der Reihe: bundesdeutsche Antisemitismuskandale sind nicht unbedingt eine neuartige Facette des Juden Hasses.

Juliane Wetzel bespricht anhand empirischer Belege Judeophobie im migrantisches und im globalisierungskritischen Umfeld und zeigt am Beispiel der Konferenz von Durban 2001 auf, wie scheinbar anti-rassistische Initiativen mehr oder weniger verdeckt antisemitisch agieren. Thomas Haury nimmt Wetzels Kritik an Segmenten der GlobalisierungskritikerInnen auf und demonstriert, dass selbst im Dunstkreis der gemäßigten Organisation *Attac* Antisemitismus und der mit ihm vielfach verwandte Antiamerikanismus heimisch sind und oft nur halbherzig bekämpft werden. Die im Zustand der Postkolonialität entstandene unreflektierte Solidarisierung von EuropäerInnen mit Islamisten und anderem radikalen „Dritte-Welt-Befreiungsdenken“ und den ihnen vielfach innewohnenden antisemitischen Weltverschwörungsmysmen greift Astrid Messerschmidt in ihrem interessanten Beitrag heraus. Dan Diners bereits andernorts publizierter Aufsatz zeigt den antisemitisch unterlegten Umgang mit jüdischer (militärischer) Souveränität und Staatsgewalt, der sich sowohl im christlich-europäischen als auch muslimischen Kontext mit judenfeindlichen Konspirationsdenken zu einer beängstigenden Gemengelage verbindet.

Antisemitismus unter (muslimischen) MigrantInnen wird aus verschiedenen Blickwinkeln durchwegs sehr gelungen besprochen: Kurt Greussing zeichnet die Entwicklung *Von den Judenbildern des Koran zum modernen islamischen Antisemitismus* nach, während Zafer Senocak auf das türkische Beispiel fokussiert. Pädagogische Aspekte zum *Antisemitismus im globalisierten Klassenzimmer* reißen Bernd Fechner und mit Schwerpunkt Österreich Werner Dreier an. Befremdende Passagen finden sich jedoch in Monique Eckmanns Text über „Opferkonkurrenz“ in Migrationskontexten, wenn sie exemplarisch meint: „*Kritiker israelischer Politik werden dadurch — wissentlich oder nicht — disqualifiziert und eingeschüchtert, da jeder Vorwurf des Antisemitismus die Angst hervorruft, als Nazi eingestuft zu werden.*“ (S. 111)

Dem erst in rezenten Forschungsarbeiten stärker berücksichtigten Philosemitismus wird lobenswerterweise ein relativ breiter Raum eingeräumt. Von israelischen PolitikerInnen und rechtsintellektuellen amerikanischen Jüdinnen und Juden als vorgeblichen FreundInnen des Zionismus und

Israels oft umarmt, dekonstruiert Richard Bartholomew die tatsächlichen judenmissionarischen Ambitionen evangelikaler Bewegungen, deren Wirken sich vor allem in den USA ausbreitet. Frank Stern zieht dann mit seiner Analyse von Mel Gibsons *Passion Christi* quasi die cineastische Stichprobe aus jenem antisemitischen Endzeitkampf, den Jüdinnen und Juden im christlich-fundamentalistisch ersonnenen Armageddon zu erwarten haben. Mittelosteuropäische und schweizerische Erfahrungen bilden die Grundlagen für die pointierten Essays von Ruth Ellen Gruber und Yves Kugelmann, die einen fetischhaften Umgang mit den Lebenswelten toter, ja getöteter Jüdinnen und Juden beobachten. Kugelmann bringt die Gefährlichkeit dieses Sachverhalts auf den Punkt: „Wenn Juden nicht weiter gerade von gewissen Gutmenschen im zoologischen Garten als gesellschaftlich Ab- und Ausgegrenzte gehalten werden können, wenn Juden ‚erwachsen‘ werden und keine unmündigen zerbrechlichen Wesen mehr sind, sondern eigenständige Individuen mit eigenem Selbstbewusstsein werden, spätestens dann werden Antisemiten und Philosemiten identisch, da deren Mechanismen einander zu gleichen beginnen.“ (S. 284). Moshe Zuckermans Ansatz, die philosemitische Identitätspolitik mancher antideutscher AkteurInnen zu kritisieren, ist grundsätzlich begrüßenswert, doch ihm muss zumindest optimistische Harmlosigkeit unterstellt werden, wenn er die Existenzbedrohung des Staates Israel und antisemitische Latenzen in der deutschen Gesellschaft klein redet.

Elisabeth Kübler

Kurth, Alexandra (Hrsg.): Insel der Aufklärung. Israel im Kontext. Gießen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V. 2005. 232 S. (= Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation. Bd. 3.)

Im Rahmen des Gießener Netzwerkes für politische Bildung, Kultur und Kommunikation entstand dieser von Alexandra Kurth herausgegebene Sammelband, der aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Perspektiven eine Annäherung an Israel versucht, die bewusst Einblicke jenseits der in deutschsprachigen Mainstream-Medien dargebotenen Kost gewährleisten soll.

Stefan R. Braun beginnt mit einem historischen Abriss über verschiedene Strömungen im Zionismus bis zur Staatsgründung



Nicht mehr anonym

Rund **3.900 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

Die Kartei, die aus Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs stammt, wurde 2001 im DÖW gescannt und in einer Datenbank erfasst.

Fehlende Fotos konnten teilweise aus den Beständen des DÖW ergänzt werden.

**Rosalia Graf, Wien,
geboren am
1. Juni 1897**

Rosalia Graf beherbergte den flüchtigen KP-Funktionär Adolf Neustadtl und verbreitete „Schriften wehrkraftzersetzenden Inhalts“. Sie wurde am 15. Juli 1942 festgenommen, am 14. April 1944 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 21. Juni 1944 im Landesgericht Wien hingerichtet.

Auch ihr Mann Johann Graf wurde zum Tode verurteilt und am 21. Juni 1944 hingerichtet.

1948. Obgleich die Hervorhebung der Tatsache, dass der Zionismus niemals ein monolithischer Block, sondern vielmehr ein Bündel an teilweise auch miteinander rivalisierenden Gruppierungen und Ideologien war, sehr wichtig ist, entbehrt Brauns Aufsatz theoretischer Fundierung und jeglicher kritischer Reflexion.

Samuel Salzborn macht sich genau an jene theoretische Diskussion der Staatswerdung Israels unter existenzbedrohenden Umständen, seine Analyse dieser *Demokratie im Ausnahmezustand* (so der Titel seines Beitrages) verliert sich jedoch zu sehr in Details zur israelischen Gesetzgebung und Rechtsprechung. Auch Alexandra Kurths Bearbeitung der *Israeli Defence Forces* (IDF) und ihrer enormen Bedeutung als Sozialisationsinstanz vermag nicht restlos zu überzeugen, da nicht klar herauskommt, ob die Autorin der an den IDF geübten feministischen Kritik bezüglich Perpetuierung und Reproduktion von Geschlechterungerechtigkeiten in der israelischen Gesellschaft widerspricht oder zustimmt.

Mit den folgenden Beiträgen gewinnt *Insel der Aufklärung. Israel im Kontext* eindeutig an analytischer und argumentativer Schärfe. Steffen Hagemann gelingt eine spannende, auf im israelischen Wissenschaftsbetrieb entstandene Literatur gestützte Analyse über Israel während der sogenannten Al-Aqsa-Intifada, wobei er Aspekte berührt, die in der (deutschsprachi-

gen) Debatte oft völlig untergehen: interne Dynamiken in der palästinensischen Politik seit den 1970er Jahren, divergierende Citizenshipkonzepte unter Berücksichtigung der Situation der PalästinenserInnen mit israelischer StaatsbürgerInnenenschaft, die Konsequenzen der gewaltsamen Ereignisse von 1948 (Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachfahren bzw. Auflösung Israels als jüdischer Staat) sowie die fatale Vermengung von Juden/Jüdinnen und Israelis/Israelinnen im Antisemitismus sowohl im europäischen als auch muslimischen Kontext. Besonders hervorzuheben sind Rolf Schleyers kritischer Beitrag zu den deutsch-israelischen Beziehungen und den diskursiven Auswüchsen auf staatsoffizieller bundesdeutscher Seite sowie die engagiert verfasste Arbeit der früheren deutschen Europaparlamentsabgeordneten Ilka Schröder, die durch profunde Recherche die unrühmlichen (finanziellen und politischen) Verflechtungen von EU-Behörden in den palästinensischen Terrorismus offen legt. Bei diesen Beiträgen wird deutlich, wie sehr der israelisch-palästinensische Konflikt mit deutscher, österreichischer und europäischer Geschichte und Gegenwart in Beziehung steht. Der prononciert antideutsche Text von Joachim Wurst führt diesen Gedanken weiter aus, wenn er die engen Verbindungslinien zwischen nationalsozialistischem und palästinensischem bzw. ara-

bisch-islamistischem Antisemitismus, der sich vielfach unter dem Deckmantel des Antizionismus internationale Legitimation verschaffen will, nachzeichnet.

Götz Nordbruchs mit Originalzitaten aufbereitete Fallstudie zu Ägypten bildet schließlich ein schockierendes Dokument, wie im ersten arabischen Staat, der mit Israel ein Friedensabkommen unterzeichnete, die *Protokolle der Weisen von Zion* und andere antisemitische Verschwörungsliteratur als Gemeingut der Alltagswahrnehmung und der Unterhaltungsindustrie florieren — wenigen prominenten Gegenstimmen zum Trotz.

Insel der Aufklärung. Israel im Kontext entstand aus der „Besorgnis und de[m] Zorn über den weltweit zunehmenden Antisemitismus, in dem immer wieder auch Israel zur Projektionsfläche auserkoren wird“ (S. 7), die die AutorInnen trotz ihrer Meinungs- und Methodenvielfalt uneingeschränkt teilen. Somit kann der vorliegende Sammelband auch als Handbuch für WissenschaftlerInnen, PublizistInnen, Lehrkräfte und ErwachsenenbildnerInnen sowie politisch engagierte Menschen verstanden werden, die umfassend über Israel und gegenwärtigen sich als „Israel-Kritik“ gerierenden Antisemitismus informiert sein wollen und diesen auch zu bekämpfen beabsichtigen.

Elisabeth Kübler

Lipstadt, Deborah E.: History on Trial. My Day in Court with David Irving. New York: Harper Collins 2005. 368 S.

Nachdem Deborah E. Lipstadt in ihrem Buch *Denying the Holocaust: The Growing Assault on Truth and Memory* (1993, deutsche Ausgabe: *Leugner des Holocaust. Rechtsextremismus mit Methode*, 1996) einige Seiten dem britischen Holocaust-Leugner David Irving gewidmet hatte, klagte Letzterer den Penguin-Verlag und Lipstadt wegen übler Nachrede. Das Urteil des Einzelrichters Charles Gray vom 11. April 2000 war eindeutig: er bestätigte David Irving, ein Antisemit, Rassist und Geschichtsfälscher zu sein, und qualifizierte Lipstadts Aussagen als auf Tatsachen gründend. Noch im gleichen Jahr erschienen einige Publikationen über den Prozess, die das Wesentliche über diesen beinhalteten. Ein von Irving angestregtes Berufungsverfahren gegen das Urteil scheiterte 2001. Irving wurde aufgrund eines wegen wiederholter Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz 1989 ausge-

stellten Haftbefehls im November 2005 in Österreich verhaftet.

Die Autorin erzählt nun in ihrem 2005 erschienenen Buch mit Witz, aber auch mit einer Portion Sentimentalität, was sie vor, während und nach dem Londoner Prozess erlebte. Lipstadts Buch, das einige Jahre nach dem Prozess publiziert wurde, spiegelt hauptsächlich ihre subjektive Befindlichkeit wider und bringt letztlich wenig Neues.

Karl Pfeifer

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

**G. EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG**

1090 WIEN, WASAGASSE 6, TOP 19
TELEFON: 01/319 20 68; TELEFAX: 01/319 20 67
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

Studienfahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Die von der Gesellschaft für politische Aufklärung vom **8. bis 14. April 2006** veranstaltete Studienfahrt eröffnet die Möglichkeit einer intensiven Beschäftigung mit einem der einschneidendsten Kapitel unserer jüngsten Vergangenheit. Ziel ist die Auseinandersetzung mit Auschwitz als Synonym der NS-Verbrechen und die Diskussion von Bezügen zur Gegenwart.

8. April (ca. 13.00–18.00 Uhr): Vorbereitungseminar in Wien

9. April: Vorbereitungseminar im Bildungshaus Großrußbach

10. April: Abreise nach Oswiecim/Auschwitz

11. April: Besichtigung der Gedenkstätte Auschwitz; Besichtigung der Gedenkstätte Birkenau

12. April: Besuch des Archivs der Gedenkstätte, der Kunstsammlungen und der nationalen Ausstellungen

13. April: Stadtbesichtigung Krakau/Besuch des jüdischen Viertels

14. April (Karfreitag): Rückfahrt nach Wien (Ankunft in Wien ca. 16.00 Uhr)

Kostenbeitrag:

EUR 440,- (Reise-, Aufenthalts-, Verpflegungs- und Eintrittskosten)
Einzelzimmerzuschlag: EUR 40,-

Informationen/Anmeldung:

karin.liebhart@univie.ac.at
waltraud.riegler@utanet.at

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Ehrenpräsident: Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch. Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: KR Dr. Gerhard Kastelic, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. Kassier: Prof. Dr. Jonny Moser. Kassier-Stv.: Othmar Burian. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Edith Beinhauer, Obersensratsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Prof. Rudolf Sarkózi, Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. z. NR Mag. Terezija Stoisits, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, MR Mag. Manfred Wirtitsch, Dr. Helmut Wohnout. Wissenschaftliche Leiterin: Univ.-Doz. Mag. Dr. Brigitte Bailer-Galanda. Kontrolle: OSR Dr. Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Heinz Arnberger, Elisabeth Kübler, Eva Kriss, Willi Lasek, Stefanie Mayer, Barry McLoughlin, Armin Pfahl-Traughber, Karl Pfeifer, Heribert Schiedel.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, e-mail: office@doew.at; Homepage: http://www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen € 23,-, Karton € 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30 ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30 ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S.)/Englisch (64 S.). € 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 ... Stück
- Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. € 22,- ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. € 5,80 ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Wien 1998 und **Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 17,80 (statt € 21,-) ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50 ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 ... Stück
- Jahrbuch 2004,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Mauthausen, LIT Verlag 2004, 206 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück
- CD-ROM **Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust,** Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,- ... Stück
- Evelyn Adunka, Peter Roessler (Hrsg.), **Die Rezeption des Exils.** Geschichte und Perspektiven der österreichischen Exilforschung, Mandelbaum 2003, 374 Seiten, Ladenpr. € 29,80 ... Stück
- Hans Landauer/Erich Hackl: **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939.** Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003, 258 S., Ladenpr. € 24,- ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003,** Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- Herwig Czech, **Erfassung, Selektion und „Ausmerze“.** Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Deuticke 2003, 177 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Thomas Mang, **„Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“.** Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2003, 283 S., Ladenpr. € 19,90 ... Stück
- Karl Glaubauf, Stefanie Lahousen: **Generalmajor Erwin Lahousen.** Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 2, LIT Verlag 2004, 71 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90) ... Stück
- Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart.** Arbeiterbewegung — NS-Herrschaft — Rechtsextremismus. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 4, LIT Verlag 2004, 180 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück
- Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz: **Der Wille zum aufrechten Gang.** Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom BSA, Czernin Verlag 2005, 335 S., Ladenpr. € 23,- ... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative, DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,- ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S